



CDU-Landesgruppe
Baden-Württemberg

Fürs Ländle in Berlin!

23. Februar 2018



Neuausrichtung der EU-Finanzien



In dieser Woche hielt Bundeskanzlerin **Angela Merkel** eine Regierungserklärung zur informellen Tagung der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union, die am heutigen Freitag stattfindet. Merkel betonte darin die Bedeutung Europas, gerade in Zeiten, in denen bewährte Partnerschaften auf die Probe gestellt werden. Sie machte deutlich, dass die unterschiedlichen Regionen der Welt bei ihrer Entwicklung nicht auf Deutschland und Europa warten werden. Umso wichtiger sind deshalb europäische statt nationaler Antworten auf die drängenden Fragen unserer Zeit. Im Entwurf zum Koalitionsvertrag für eine Große Koalition zwischen Union und SPD steht das Kapitel Europa ganz am Anfang.

Merkel bekannte sich deshalb klar zu einem europäischen Arbeitsprogramm, das in drei Bereichen die Weiterentwicklung der EU vorantreiben soll. Erstens: Konsequente Bekämpfung der Fluchtursachen, wirkungsvolle Sicherung der europäischen Außengrenzen, Aufbau eines solidarischen und krisenfestes europäisches Asylsystem, zweitens: Umsetzung des digitalen Binnenmarktes und drittens: Stärkung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Die Bundeskanzlerin betonte, dass 2019 ein Jahr vieler Umbrüche in Europa werde: Großbritannien wird die EU verlassen, Europawahlen finden statt, im Herbst wird eine neue Kommission eingesetzt, Donald Tusks zweite und letzte Amtszeit als Präsident des Europäischen Rates läuft aus. Merkel machte deutlich, dass der Ausstieg der Briten auch Möglichkeiten mit sich bringe: Es gäbe die Chance, den neuen Finanzrahmen für 2020/21 grundlegend neu zu überdenken und sich die Frage zu stellen, in was für einem Europa wir leben wollen. Diese Prioritäten müssten sich dann angemessen im EU-Haushalt

widerspiegeln. Ihr verfolgtes Ziel, so schloss Merkel, sei ein „handlungsfähiges, solidarisches, selbstbewusstes Europa“, das da ansetzt, wo europäische Lösungen besser sind, als nationale. Sie versprach, mit Beharrlichkeit und Verantwortungsbewusstsein der europäischen Sache zu dienen. Denn so wird Europa erfolgreich sein, und ein erfolgreiches Europa ist Voraussetzung für ein erfolgreiches Deutschland.

[Video der Regierungserklärung](#)

Zentrum für künstliche Intelligenz als Deutsch-Französisches Zukunftswerk



„Das Zentrum für künstliche Intelligenz muss ein Deutsch-Französisches Zukunftswerk werden und Baden-Württemberg wäre dafür ein exzellenter Standort. Wir sind stark in Industrie und Mittelstand, in Forschung und Entwicklung. Das sind geradezu ideale Bedingungen für den deutschen Standort dieses Zentrums“, so CDU-Landesgruppenchef **Andreas Jung**. „Nach der Gründung des Deutsch-Französischen Jugendwerks in der Nachkriegszeit ist die Initiative für ein Zentrum für künstliche Intelligenz als Zukunftswerk ein entscheidender Schritt, um die neue Dynamik der deutsch-französischen Partnerschaft für Investitionen in die Zukunft zu nutzen. Das Jugendwerk hat Verständigung, Austausch und Freundschaft vorangebracht. Heute muss sich unsere Partnerschaft auch angesichts des Wettbewerbs mit den USA und mit China beweisen und so ihren Mehrwert unterstreichen. Es geht um einen Wettbewerb der Wirtschaft und der Werte. Die deutsch-französische Partnerschaft muss hier wichtige Impulse geben, um Europa insgesamt zu stärken. Wir müssen bei Innovationen an der Spitze stehen, um den Erfolg unseres Wirtschafts- und Sozialmodells der sozialen Marktwirtschaft zu sichern. Der künstlichen Intelligenz kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Deshalb brauchen wir hier nachhaltige Investitionen. Wir müssen klotzen, nicht kleckern!“

Der stellvertretende baden-württembergische Ministerpräsident und CDU-Landesvorsitzende **Thomas Strobl** begrüßt die Initiative ausdrücklich: „Künstliche Intelligenz ist eines der Zukunftsfelder in der digitalen Welt - das ist absolute Höchsttechnologie. Deshalb haben wir die Idee, in dem Bereich gemeinsam mit Frankreich zu forschen, schon in den Sondierungen mit der SPD angelegt und im Koalitionsvertrag festgeschrieben. Die Künstliche Intelligenz ist eine der Triebfedern für die Digitalisierung, für die Zukunft unseres Landes. Und als Baden-Württemberger sage ich selbstbewusst: Ich kann mir das nirgends besser vorstellen als bei uns im Südwesten. Wir sind hier mit dem CyberValley in der Region Stuttgart und Tübingen, etwa mit dem Max Planck Institut, hervorragend aufgestellt, mit dem KIT in Karlsruhe, ganz in der Nähe zu Frankreich. Das würde absolut passen!“

Baden-Württemberg steht für die deutsch-französische Freundschaft und für deutsch-französische Zusammenarbeit. Uns verbindet mehr als eine beinahe 200 Kilometer lange Grenze. Uns verbindet Freundschaft und dass unsere beiden Länder aufs engste verwoben sind. Frankreich ist für Baden-Württemberg einer der wichtigsten Handelspartner, denken Sie an das Gemeinsame Zentrum der deutsch-französischen Polizei- und Zollzusammenarbeit, das GZ Kehl, denken Sie an das deutsch-französische Institut in

Ludwigsburg. Auch unter diesem Blickwinkel würde diese Forschungseinrichtung bestens nach Baden-Württemberg passen“.

In seiner vielbeachteten Rede an der Sorbonne am 26. September 2017 hat der französische Staatspräsident Emmanuel Macron gefordert, die deutsch-französische Freundschaft mit einem neuen Elysée-Vertrag neu zu beleben. Insbesondere schlug er vor, dass Deutschland und Frankreich ein gemeinsames Programm für künstliche Intelligenz anstoßen. Dieser Vorschlag wurde von deutschen und französischen Parlamentariern aufgegriffen und hat Eingang in die deutsch-französische Resolution „Für einen neuen Elysée-Vertrag“ gefunden. Die gleichlautende Resolution wurde am 22. Januar 2018 anlässlich des 55. Jahrestags des Deutsch-Französischen Freundschaftsvertrags von Bundestag und französischer Nationalversammlung verabschiedet. Darin fordern beide Parlamente unter anderem, gemeinsamen Strategien für Zukunftsthemen wie Künstliche Intelligenz zu entwickeln. Im Koalitionsvertrag haben sich CDU/CSU und SPD darauf geeinigt, dass Deutschland gemeinsam mit den französischen Partnern „ein öffentlich verantwortetes Zentrum für künstliche Intelligenz“ errichten wird.

Stefan Kaufmann, Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Ausschuss für Bildung und Forschung (Wahlkreis Stuttgart): „Klar ist, dass Stuttgart mit dem Max-Planck-Institut für Intelligente Systeme mit Co-Sitz in Tübingen unbestritten eine der führenden europäischen Forschungseinrichtungen im Bereich intelligenter und selbstlernender Systeme beheimatet. Nicht umsonst entsteht hier am Standort Stuttgart mit dem Cyber Valley ein weltweit beachtetes Cluster für Themen der künstlichen Intelligenz - mit Anziehungskraft auch für Global Player wie Amazon und Facebook. Deshalb kann es jedenfalls ohne vertiefte Diskussion keine Vorfestlegung auf einen Standort für ein Deutsches Zentrum für künstliche Intelligenz geben.“

Ronja Kemmer, Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (Wahlkreis Ulm): „Baden Württemberg ist als führende technologische Region in Deutschland prädestiniert als Sitz für das deutsch-französische Zentrum für künstliche Intelligenz. Seit vielen Jahren findet in der Ulmer Wissenschaftsstadt eine hervorragende Abstimmung zwischen anwendungsorientierter Forschung und der Wirtschaft statt, wodurch sich ein innovatives Cluster mit zukunftsgerichteten und praxisorientierten Ansätzen herausgebildet hat. Die Universität Ulm hat sich zu einem führenden Zentrum für das hochautomatisierte Fahren entwickelt. Informatiker, Ingenieure und Psychologen forschen gemeinsam mit Experten aus der Automobilindustrie zum mitdenkenden Auto der Zukunft. Im Bereich der Nanotechnologie ist mit Herrn Prof. Hans-Jörg Fecht, ein führender Wissenschaftler Europas in diesem Bereich angesiedelt. In Ulm wird hervorragende Arbeit auf dem Gebiet der künstlichen Intelligenz geleistet und das Zentrum bietet beste Voraussetzungen dafür, diese auszuweiten.“

Dr. Stephan Harbarth, stellvertretender CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender (Wahlkreis Rhein-Neckar): „Baden-Württemberg wäre als Standort für das geplante deutsch-französische Zentrum für Künstliche Intelligenz geradezu ideal geeignet. Mit dem KIT in Karlsruhe und den Universitäten Heidelberg und Mannheim verfügt die Rhein-Neckar-Region nicht nur über exzellente Forschungsinstitutionen, sondern hat auch das Flaggschiff SAP auf diesem Gebiet vorzuweisen. Wissenschaftliche Expertise und praktische Anwendung könnten in dieser Region ideal miteinander verzahnt werden.“

Ingo Wellenreuther, (Wahlkreis Karlsruhe-Stadt): „Gerade die baden-württembergische Rheinschiene ist für ein gemeinsames Zentrum für künstliche Intelligenz besonders geeignet. Zum einen besteht mit „EUCOR“ (Europäische Konföderation der Oberrheinischen Universitäten) bereits eine wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen fünf Universitäten in Deutschland, Frankreich und der Schweiz (KIT in Karlsruhe, Universitäten Freiburg, Straßburg, Mühlhausen und Basel) mit gemeinsamen Projekten und Lehrveranstaltungen. Zum anderen ist das KIT die älteste Informatikuniversität Deutschlands und besonders anwendungsorientiert ausgerichtet, insbesondere in den Anwendungsgebieten der Robotik. Das KIT ist außerdem führend in der „Industrie 4.0“ in den Bereichen Produktionstechnik, künstliche Intelligenz und digitale Vernetzung sowie remanufacturing in der Kreislaufwirtschaft. In diesen Bereichen hat das KIT bundesweit eine Vorreiterrolle. Ein Zentrum für künstliche Intelligenz wäre daher bestens am KIT in Karlsruhe in Zusammenarbeit mit der Universität Freiburg aufgehoben und würde die

langjährigen und erfolgreichen Kooperationen zwischen Instituten des KIT und französischen Forschungseinrichtungen fortsetzen.“

Matern von Marshall, Wahlkreis Freiburg: „Die Forschung zur Künstlichen Intelligenz ist in Freiburg mit 5 Professuren (davon 1 Leibniz-Preisträger, 3 ERC Grant Empfänger, 2 Leopoldina-Mitglieder) und rund 50 wissenschaftlichen Mitarbeitern sehr gut aufgestellt. Die vertretenen Forschungsrichtungen reichen von den Grundlagen über Robotik und Bildverstehen bis zum Maschinellen Lernen. Damit gehört die Universität Freiburg zu einem der stärksten Standorte für KI in Deutschland. Es wird vornehmlich Grundlagenforschung betrieben, aber es gibt auch Industriekooperationen (Kuka, Toyota, Airbus). Mit der international Forschungsgemeinde gibt es vielfältige Forschungskoooperation national (z.B. KIT, Univ. Bielefeld, Univ. Bremen) und international, u.a. auch mit französischen Universitäten (z.B. Univ. Toulouse).“

Lothar Riebsamen, Wahlkreis Bodensee: „Das Zentrum für künstliche Intelligenz, das wir gemeinsam mit unseren französischen Partnern aufbauen wollen, muss in Baden-Württemberg angesiedelt werden. Die Entwicklung des Autonomen Fahrens wie die Luft- und Raumfahrtindustrie - nirgends arbeiten Forschung und Entwicklung in diesen Wirtschaftszweigen so eng und erfolgreich zusammen wie in unserem Bundesland und meinem Wahlkreis.“

„Menschlich, rechtsstaatlich und vorbildlich“



Jungfernrede von **Alexander Throm**

In seiner ersten Rede vor dem Deutschen Bundestag forderte der Heilbronner Bundestagsabgeordnete und Innenpolitiker Alexander Throm in der Debatte um einen Antrag der AfD zum „Verhalten der Bundesregierung im Fall Deniz Yücel“ Mut und Anstand ein: „Wir lassen nicht zu, dass jemand in seiner Meinungs- und Pressefreiheit eingeschränkt oder eingeschüchtert wird. Und zwar unabhängig davon, ob wir dessen Auffassung teilen oder nicht“, betonte Throm als Antwort auf einen Antrag der AfD, in dem der Bundesregierung eine Vorzugsbehandlung gegenüber der Person Deniz Yücel vorgeworfen wird. „Wer die deutsche Staatsangehörigkeit hat, erhält den Schutz des deutschen Staates - uneingeschränkt. Das gilt für alle Deutschen, unabhängig von der Person, ihrer Abstammung oder der Frage, wie lange jemand die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt. Das Verhalten der Bundesregierung war menschlich, rechtsstaatlich, hilfsbereit und vorbildlich“, so Alexander Throm weiter.

In ihrem Antrag forderte die AfD die Bundesregierung auf, die Missbilligung der Äußerungen Yücel in einer Kolumne über Thilo Sarrazin auszusprechen. „Was Deniz Yücel in seinen Texten über Thilo Sarrazin und dessen Buch geschrieben hat, muss man wirklich nicht gut finden. Dafür gab es Sanktionen vom Presserat und eine gerichtliche Untersagung. Aber da kommt ein Mensch nach über einem Jahr in größtenteils Isolationshaft aus einem Land frei, in dem rechtsstaatliche Grundsätze nicht gelten. Und dann hat Alice Weidel MdB nichts anderes zu tun, als diesen aus ihrem warmen und sicheren Abgeordnetenbüro heraus über Twitter zu beschimpfen und zu diskreditieren und die AfD bringt letztendlich einen solchen Antrag in den Deutschen Bundestag ein. Das ist kollektive Anstandslosigkeit“, stellte Alexander Throm abschließend fest.

[Video der Rede](#)

Plädoyer für soziale Marktwirtschaft



Jungfernrede von **Marc Biadacz**

In seiner ersten Rede im Deutschen Bundestag hat sich der direkt gewählte Bundestagsabgeordnete **Marc Biadacz** (Wahlkreis Böblingen) zur Befristung von Arbeitsverträgen geäußert. Darin betonte er die Notwendigkeit des arbeitsmarktpolitischen Instruments und sprach sich gegen eine komplette Abschaffung sachgrundloser Befristungen aus. Zum einen, weil Unternehmen eine gewisse Flexibilität bräuchten, um auf Marktveränderungen reagieren zu können. Zum anderen, weil befristete Arbeitsverträge Menschen die Chance eröffnen, Zugang zum Arbeitsmarkt zu erhalten und in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen zu werden. „Lassen Sie uns den Menschen weiterhin diese Chancen geben! Denn letztlich ist es besser, befristet in Arbeit zu kommen, als unbefristet arbeitslos zu bleiben“, so Biadacz. Dazu verwies er auf die Soziale Marktwirtschaft und den Anspruch, möglichst vielen Menschen berufliche und soziale Teilhabe zu ermöglichen. „An diesem bewährten Kompass hat sich unsere Arbeitsmarktpolitik zu orientieren!“

[Video.der.Red](#)

„Ein außergewöhnlicher Moment“



Jungfernrede von **Nikolas Löbel** (Wahlkreis Mannheim)

„Ob ich aufgeregt bin, wurde ich in diesen Tagen oft gefragt. Nein, aufgeregt nicht, aber das Herz hat schon etwas schneller geschlagen. Ich durfte in meiner Funktion als Mitglied im Auswärtigen Ausschuss das erste Mal im Deutschen Bundestag für die CDU/CSU-Fraktion ans Rednerpult treten, genauer gesagt, zu einem Antrag der Linksfraktion mit dem Thema Atomwaffenverbotsvertrag sprechen.“

Es ist jedes Mal etwas ganz Besonderes, wenn ich den Plenarsaal betrete. Aber das erste Mal an dem Rednerpult im hohen Haus zu stehen und zu sprechen, das war nochmals ein außergewöhnlicher Moment. Darauf habe ich mich intensiv mit meinem Team vorbereitet. Erst in der Vorbereitung auf eine solche Rede wird einem die Bedeutung des freien Mandates noch einmal bewusst. Trotz einer gewissen Grundüberzeugung als CDU-

Abgeordneter und der vorherigen Abstimmung mit der Fraktion, gibt es keine konkreten inhaltlichen Vorgaben. Man hat die Chance, ganz frei seine Vorstellungen darzulegen. Über eine Rede im Parlament, seine Meinung in den demokratischen Willensbildungsprozess einbringen zu können, ist das größte Gut, das wir in unserem politischen System haben. Das Thema ist wahrlich kein leichtes, da der Argumentation folgend, es in der aktuellen Situation richtig ist, einem Atomwaffenverbotsvertrag nicht beizutreten. In Zeiten, in denen sich die Sicherheitslage auf der ganzen Welt täglich verändert, weiß ich um die Bedeutung. Wir müssen über atomare Teilhabe als Mittel der Abrüstung diskutieren. Denn Sicherheitspolitik ist keine Frage von ideologischen Ansätzen, sondern eine Frage von Notwendigkeit und Machbarkeit.

Im Anschluss, als mir der Bundestagspräsident traditionsgemäß zu meiner Jungfernrede im Parlament gratulierte, mische sich ein Gefühl von Erleichterung zu meiner Freude. Jetzt blicke ich gespannt auf viele weitere Möglichkeiten, als Redner im Deutschen Bundestag.“

[Video der Rede](#)

Bestmögliche Ausrüstung für die Bundeswehr



Von **Roderich Kiesewetter** (Wahlkreis Aalen-Heidenheim)

„Auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Grüne haben wir uns am Donnerstag mit der Lage im Nahen und Mittleren Osten beschäftigt. Nicht nur die Münchener Sicherheitskonferenz, in der wir in tiefe Abgründe der internationalen Sicherheit blickten, sondern auch die in dieser Woche aufflammenden Kämpfe um Ost-Ghuta nahe Damaskus in Syrien waren jüngste Anlässe, sich mit der Gesamtlage in der Region zu beschäftigen. Die im Syrienkrieg beteiligten Länder haben alle widerstreitenden Interessen und wollen sich ein Stück des „Kuchens“ dort sichern. Der Friedensprozess in Genf wie auch der von Russland initiierte Astaner Prozess haben keine Fortschritte gebracht.

Angesichts der desaströsen Lage ist Europa auch künftig einer Zuschauerrolle ausgesetzt und könnte mit neuen Flüchtlingsströmen konfrontiert werden. Deshalb war der Kernpunkt meiner Rede die Forderung nach mehr europäischer Handlungsfähigkeit. Mehr Verantwortung predigen, aber sie nicht anzunehmen, können wir uns im 21. Jahrhundert nicht mehr leisten. Wir müssen gemeinsam dazu fähig sein, verbliebene Partner zu unterstützen, staatliche Kontrolle zu gewährleisten. Das kann im Irak gelingen, im Libanon und in Jordanien. Das funktioniert auch dadurch, indem wir die Streitkräfte und Sicherheitsbehörden durch Ausbildung und Training ertüchtigen. Insbesondere müssen wir dem Terror den Nährboden entziehen, durch ein Wiederaufbaukonzept, Förderung der Aussöhnung unter den Religionsgruppen und politische Dialogprozesse zur Einbindung der unterschiedlichen Interessen in das politische System. In Deutschland müssen wir uns die Frage gefallen lassen, ob die Bundeswehr mit den derzeitigen Mitteln für diese kommenden Aufgaben gewachsen ist. Deshalb habe ich dazu appelliert, die Bundeswehr als Parlamentsarmee kontinuierlich für bestmögliche Ausrüstung auszustatten.“

[Video der Rede](#)

Pflanzenschutz-Forschung intensivieren



Von **Hermann Färber** (Wahlkreis Göppingen)

Traditionelle und ökologische Landwirtschaft stehen im Bereich des Pflanzenschutzes gleichermaßen vor großen Herausforderungen. Auch die ökologische Landwirtschaft kommt nicht ohne Gift aus. Zwar werden im Biolandbau keine synthetischen Stoffe eingesetzt, doch die Liste der zugelassenen Anwendungen umfasst 99 Din A4 Seiten und enthält Stoffe wie Mineralöle, Bakterienstämme, Viren, Mikroorganismen, Pflanzenextrakte und Chemikalien wie Kupfer. „Natürlich“ bedeutet nicht immer umweltverträglich. Um Pilzbefall auf den Reben zu vermeiden, müssen beispielsweise Winzer im Ökolandbau prophylaktisch Lösungen mit Kupfersalzen spritzen. Doch Kupfer ist ein Schwermetall, das sich im Boden anreichert und bereits in geringen Dosen höchst toxisch auf Mikroorganismen, Weichtiere und Kleinstlebewesen wirkt. Die EU-Kommission würde Kupfer deswegen am liebsten verbieten. Das hätte jedoch verheerende Folgen, denn einen ökotauglichen Ersatz gibt es nicht. Pyrethrine, die aus den Blüten von Chrysanthemen-Arten gewonnen und im Biolandbau als Insektizide zur Schädlingsbekämpfung eingesetzt werden, wirken auf alle Insektenarten neurotoxisch, auch bei Nützlingen, und wenn die Stoffe ins Gewässer gelangen, sind sie giftig für Algen und Fische. Das Öko-Insektizid Spinosad ist in die höchste Kategorie für Bienengifte einsortiert, es wirkt außerdem toxisch auf Schmetterlinge, ist giftig für Algen, Fische, sehr giftig für Wasserorganismen und kann in Gewässern längerfristige schädliche Wirkungen haben.

Diese paar Beispiele aus dem ökologischen Landbau zeigen, dass wir keinen Keil zwischen die traditionelle und die ökologische Landwirtschaft treiben dürfen, sondern zu einer sachlichen Debatte zurückkehren müssen. Es ist es wichtig, Pflanzenschutzmittel so sparsam wie möglich anzuwenden und so auszubringen, dass sie für Mensch und Natur möglichst unbedenklich sind. Was wir brauchen, ist mehr Forschung: Forschung für den integrierten Pflanzenschutz, Resistenzforschung, Forschung an vorbeugenden und nichtchemischen Pflanzenschutzmaßnahmen und eine Ursachenforschung zum Rückgang des Insektenbestandes, denn neben dem Einsatz von Pflanzenschutzmitteln kommen dafür Klimaveränderungen, längere Trockenperioden und Lichtverschmutzung als Ursachen in Betracht.

All diese Maßnahmen sind im Koalitionsvertrag vereinbart: Die Umsetzung einer Ackerbaustrategie soll für umwelt- und naturverträgliche Anwendungen von Pflanzenschutzmitteln sorgen. Eine Ergänzung dieser Ackerbaustrategie wird durch ein Innovationsprogramm für digital-mechanische Methoden dazu beitragen, den Einsatz von chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln wirksam zu reduzieren. Wir werden die Forschung intensivieren, um die Bandbreite innovativer und verfügbarer Pflanzenschutzmittel – auch im ökologischen Landbau – zu erweitern. Ein „Aktionsprogramm Insektenschutz“ soll helfen, die Lebensbedingungen der Insekten zu verbessern und der Aufbau eines Monitoringzentrums unter Einbeziehung des Bundesumwelt- sowie des Bundeslandwirtschaftsministeriums wird die Biodiversität stärken.

[Video der Rede](#)

ÖPNV: Bündel an Maßnahmen nötig



In einem Brief an die EU-Kommission in Brüssel hat die Bundesregierung eine Reihe von möglichen Maßnahmen vorgeschlagen, um die Stickstoffbelastung im öffentlichen Raum zu senken. Ein Ansatzpunkt ist dabei die Umsetzung des kostenlosen öffentlichen Personennahverkehrs. Diese Maßnahmen sollen in fünf Modellstädten, darunter auch Herrenberg, Mannheim und Reutlingen, in Absprache mit Bund und Land getestet werden können.

Michael Donth aus dem Wahlkreis Reutlingen führte dazu aus: Kostenloser ÖPNV immer für alle ist nicht finanzierbar - und war auch nicht das Ziel. Erfahrungen in anderen Kommunen im In- und Ausland zeigen, dass es passieren kann, dass verstärkt auch Radfahrerinnen und Radfahrer sowie Fußgängerinnen und Fußgänger auf Busse und Bahnen umsteigen. Das sei aber nicht die Zielgruppe, sondern die PKW-Fahrerinnen und -Fahrer. Donth betonte, dass aber eben auch Radfahren gefördert werden müsse. Er stellte außerdem klar, dass kostenloser ÖPNV an Tagen mit besonders hoher Schadstoffbelastung eine Möglichkeit sein könnte, Fahrverbote zu umgehen. Das solle in den fünf Städten getestet werden.

Landesgruppenvorsitzender **Andreas Jung** aus Konstanz betonte ebenfalls, dass ein ganzes Bündel von Maßnahmen nötig sei, um Klimaschutz und moderne Mobilitätskonzepte zu vereinen. Die Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs sei dabei genauso ein wichtiges Element wie Emissionslimits für Busse und Lieferwagen, der Ausbau des Schienennetzes oder die Förderung alternativer Kraftstoffe. Um die verschiedenen Maßnahmen sinnvoll umzusetzen, ist eine enge Verzahnung von Bundes-, Landes und kommunaler Ebene nötig. „Das Öko-Auto der Zukunft muss in Deutschland gebaut werden“, so Jung abschließend.

[Video der Rede von Michael Donth](#)

[Video der Rede von Andreas Jung](#)

Europa muss sich emanzipieren



Von **Thorsten Frei** (Wahlkreis Schwarzwald-Baar)

Grundlegende Verschiebungen in der Weltordnung und ein „Ring of Fire“ rund um Europa erfordern eine starke Stimme der EU in außenpolitischen Belangen. Insbesondere der Rückzug der USA aus vielen Weltregionen ist eine Entwicklung, die wir mit Sorge betrachten, da in der Folge alte und neue Konflikte aufkeimen und Länder wie China, Russland und auch der Iran versuchen, im entstehenden Vakuum politisch Fuß zu fassen.

Besonders problematisch ist dies in unserer direkten Nachbarschaft oder noch schlimmer: sogar direkt innerhalb der EU, auch bei uns in Deutschland. Das Problem ist, dass solche Länder in unserer Demokratie eine Gefahr für ihre eigenen politischen Systeme sehen. Denn die Freiheit der Menschen hier verstärkt doch die mangelnde gesellschaftliche Legitimation dort.

Europa muss sich deshalb aus eigenem Interesse heraus möglichst schnell emanzipieren. Nur so werden wir auch in einer Welt von morgen unsere Werte und unsere Sicherheit behaupten können. Schließlich repräsentieren die EU 28 heute mehr als 500 Mio. Menschen auf der Welt. Wir sind als Handelspartner eine maßgebliche Macht. Wenn es aber um die Vertretung unserer sicherheitspolitischen Interessen geht, versagen wir. Das zeigt schon allein der Blick nach Syrien und damit vor die eigene Haustür. Dort haben wir unsere Interessen überhaupt nicht vertreten, lediglich humanitäre Hilfe geleistet und politisch betrachtet schlicht versagt. Wir finden nicht statt. Auf der anderen Seite tragen wir in Form von Migration und Terrorismus aber die Konsequenzen der dortigen Politik. Nicht Russland! Nicht die USA! Sondern wir!

Das liegt vor allem daran, dass sich die Mitgliedsstaaten häufig selbst am nächsten sind und durch die bestehenden Mechanismen selbstbewusstes Handeln blockieren. Folglich müssen wir zumindest über die Einführung von Mehrheitsentscheidungen nachdenken, die dann auch von allen nach außen einheitlich vertreten werden.

Mit Blick auf mangelnde Durchsetzungsfähigkeit ist es auch wichtig, dass die EU mehr unternimmt, um funktionierende militärische Fähigkeiten auf EU-Ebene bereitzuhalten, die abschrecken und zur Wahrung eigener Interessen eingesetzt werden können. Bevor man aber immer nur nach Brüssel schaut, müssen wir zunächst unsere eigenen Hausaufgaben machen. Der Zustand der Bundeswehr ist essentiell für die Handlungsfähigkeit unserer Außen- und Sicherheitspolitik. Auch vor diesem Hintergrund müssen wir das 2-%-Ziel der NATO sehr ernst nehmen. Die Tatsache, dass die Bundeswehr eine Parlamentsarmee ist, impliziert auch die Verpflichtung des Bundestages, für eine angemessene Ausstattung und Ausrüstung unserer Soldaten zu sorgen.

[Video der Rede](#)

Danke, THW!



Auf Einladung der THW-Bundesvereinigung e.V. tauschten sich **Dr. Karl A. Lamers**, **Andreas Jung** und **Eberhard Gienger** in dieser Woche mit ehren- und hauptamtlichen Vertreterinnen und Vertretern des THW aus ganz Deutschland aus. Während der zahlreichen Gespräche lobten die Parlamentarier besonders die Bereitschaft und Einsatzfähigkeit der ehrenamtlichen THW-Kräfte, die diese im vergangenen Jahr unter anderem bei den Einsätzen während der Starkregenfälle oder des G20-Gipfels zeigten. Das Foto zeigt die Mitglieder der CDU-Landesgruppe mit THW-Präsident Albrecht Broemme (links) und dem Präsidenten der THW-Bundesvereinigung, Stephan Mayer MdB (rechts).

Reden & Videos

Plenarsitzungen, Beiträge und Reden der baden-württembergischen CDU-Abgeordneten sind jederzeit abrufbar unter bundestag.de/mediathek.

Weitere Informationen finden Sie unter



Pressemeldungen

Aktuelle Pressemeldungen der CDU-Landesgruppe finden Sie unter www.cdu-lg-bw.de.

Kontakt

Platz der Republik
Paul-Löbe-Haus
11011 Berlin

Tel. 030 / 227 - 70269

Fax 030 / 227 - 76251

info@cdu-lg-bw.de

www.cdu-lg-bw.de

Fotos: Fotolia/travelwitness (Reichstag).

Impressum:

CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg

Platz der Republik 1

11011 Berlin

[Newsletter abbestellen](#)